

v. d. Decken, Hans

Article — Digitized Version

Voraussetzungen für eine Europäische Agrarunion

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: v. d. Decken, Hans (1953) : Voraussetzungen für eine Europäische Agrarunion, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 33, Iss. 4, pp. 226-233

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/131700>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Voraussetzungen für eine Europäische Agrarunion

Dr. Hans v. d. Decken, Hamburg

Die Agrarunion sollte ein weiterer Schritt zur Integrierung des einheitlichen Europa-Marktes sein. In welcher Form ist sie aber durchführbar? In der Form der Liberalisierung aller einbezogenen Agrarprodukte in den Partnerländern oder in der Absatzsicherung durch einen kartellartigen Zusammenschluß nach dem Vorbild der Montanunion — also Marktvereinheitlichung oder Marktorganisation? Von der Marktvereinheitlichung fürchten die Teilnehmerländer eine schwere Zerrüttung ihrer landwirtschaftlichen Struktur, sie bedingt gleiche Startbedingungen. Was sind aber gleiche Startbedingungen? Vielleicht verlangt sie auch die Konvertierbarkeit der Währungen! Der kartellartige Zusammenschluß in Form der Marktorganisation scheitert an der Vielzahl und der Verderblichkeit der Produkte und nicht zuletzt an der Unmöglichkeit, zwölf Millionen Betriebe in Produktion und Absatz zu lenken. Was bleibt also? Vielleicht keine Teilunionen mehr, sondern die schrittweise horizontale Integrierung aller Märkte?

INNEREUROPÄISCHE HEMMNISSE

Der Plan zu einer europäischen Agrarunion ist bereits 1951 von Frankreichs Landwirtschaftsminister Pflimlin entworfen worden. Ursprünglich sollten nur vier Produkte einbezogen werden, nämlich Getreide, Zucker, Wein und Molkereierzeugnisse. Frankreich glaubte, mit Hilfe des Monnet- bzw. des Long Term-Plans seine Agrarproduktion nennenswert steigern zu können. In Ergänzung hierzu sollte die europäische Agrarunion mit dazu dienen, die agrarischen Überschüsse devisabringend im Ausland zu verwerten. Nicht nur Frankreich knüpfte aber große Hoffnungen an die Agrarunion, sondern ganz Europa, da anfangs alle Länder die Agrarunion in jedem Fall als einen Schritt zur erstrebten europäischen Wirtschaftseinheit ansahen. Die deutsche Bundesregierung hat deswegen auch seinerzeit diesem Plan grundsätzlich zugestimmt. Ganz abgesehen davon mußte der Plan auch vom ökonomischen Standpunkt aus begrüßt werden, da ja durch die schon seit vielen Jahren propagierte Erhöhung der landwirtschaftlichen Erzeugung in Frankreich die europäische Dollarlücke in erheblichem Umfang hätte geschlossen werden können.

Hinsichtlich der immerhin nicht einfachen technischen Regelungen der Erzeugung und des innereuropäischen Handels mit diesen vier Agrarprodukten hatte der Pflimlinplan keine konkreten Angaben enthalten. Es war aber an Vereinbarungen ähnlich denen des Schumanplans gedacht. Das heißt, die Lenkung der Produktion sowie auch des Absatzes sollte durch ein supranationales Gremium erfolgen.

Seit 1951 ist nun in Paris eine beachtliche Arbeit geleistet worden. Viele Verhandlungen sind gepflogen und zahlreiche statistische Unterlagen über die europäische Versorgung mit Agrarprodukten sowie Gutachten über die Möglichkeit, die Märkte zu vereinheitlichen, sind erstellt worden. Hieraus sollte am 16. März 1953 in Paris auf der Vollversammlung seitens der einzelnen europäischen Ländervertretungen das Fazit gezogen werden, d. h. — so hoffte man — die Agrarunion in den wesentlichsten Punkten ins Leben gerufen werden. Das auf der Pariser Konferenz erreichte Ergebnis ist jedoch wenig ermutigend.

Wie ist diese abwartende Haltung zu erklären? Die Gründe sind mehrfacher Art. Einmal hat sich die Erkenntnis durchgesetzt, daß in der Praxis die Europäische Agrarunion in der ursprünglichen französischen Form kaum als ein weiterer Schritt in Richtung auf eine gesamteuropäische Wirtschaftsunion anzusehen ist. Die logische Folge wäre ja, die Agrarunion durch eine Textil-, Elektro- oder Chemie-Union usw. zu ergänzen. In der Tat schweben ja bereits Verhandlungen, neben diesen „pool vert“ einen „pool blanc“ zu setzen, d. h. eine Gesundheitsunion, die u. a. auch einen Teil der chemischen Industrie, nämlich die Medikamente, umfassen soll. Aber selbst durch eine noch so große Zahl derartiger Unionen würde das Endziel, die Schaffung eines einheitlichen europäischen Wirtschaftsraumes, doch nicht erreicht werden. Denn jeder derartige Fachzusammenschluß würde hauptsächlich seine Interessen vertreten, einen Staat im Staat bilden und die erstrebte Orientierung der Märkte nach optimalen Standorten erschweren. Außerdem — und das gilt für die Agrarunion in besonderem Maße — würden hierdurch nur neue bürokratische Wasserköpfe entstehen. Anstatt daß Erzeugung und Preise im wesentlichen von der Marktentwicklung ihre Impulse empfangen, wäre ein Heer von Agrarökonomen, Statistikern, Prüfern und Berichterstattern sowie Angestellten aller Art notwendig, um die Erzeugung von 12 Mill. europäischen Bauernbetrieben zu lenken und den Absatz der rund 50 verschiedenen Agrarprodukte in ca. 17 Ländern zu regeln. An einer derartigen Erstarrung der Märkte kann aber niemand auf die Dauer interessiert sein.

Es kommen noch andere, z. T. sehr gewichtige Hemmnisse für das Funktionieren der Agrarunion hinzu. So ist vor allem zu bedenken, daß jede noch so fein abgestimmte Regelung der Im- und Exporte von Land zu Land auf die Dauer an den Währungsschwierigkeiten scheitern müßte. Ohne vorherige Herstellung der freien Konvertierbarkeit der Währungen (und Abbau der Kontingente sowie der Zölle, Subventionen aller Art usw.) ist die Bildung einer europäischen Agrarunion — wie auch einer gesamten Wirtschaftsunion — also nicht denkbar.

Abgesehen von diesen und anderen wirtschaftlichen Schwierigkeiten konnte man sich in Paris auch schwer über technische Fragen einigen. Dies gilt z. B. für die an der Agrarunion zu beteiligenden Länder. Soll der Kreis auf die sechs Schuman-Plan-Länder beschränkt bleiben (holländischer Vorschlag, der Holland mit einem Schläge den gewünschten Absatz für seine Gartenbauprodukte sichern würde) oder alle 16 OEEC-Länder umfassen (deutsche und französische Auffassung)? Denn erst das wäre eine „europäische“ Agrarunion. Kann England auf Grund seiner Commonwealth-Bindungen überhaupt mitmachen? „Association“ oder „participation“ heißt hier die Schicksalsfrage. Falls nein, müßte dann nicht Dänemark wegen seiner Bindungen zu England ebenfalls ausscheiden?

Bisher sind alle Berechnungen — und es ist unendlich viel Arbeit geleistet worden — auf die 16 OEEC-Länder abgestellt, d. h. auf ein Europa ohne Spanien und Finnland, aber einschließlich der Türkei. Jetzt ist in Paris auf deutsch-französischen Vorschlag auch Spanien als 17. Land wenigstens „statistisch“ aufgenommen worden. Wird Jugoslawien als 18. Land folgen? Viel wichtiger ist aber auf lange Sicht die Frage, was mit den „öütre mer-Ländern“ geschieht, d. h. also mit den Kolonien, Empire-, Commonwealth- oder Zollunions-Ländern. Frankreich befürwortet ihre Aufnahme in die europäische Agrarunion, anderen Ländern scheint eine solche Union zu weitgefaßt.

Soll sich ferner der Handel mit Agrarprodukten auf multilateraler Basis frei entwickeln oder soll eine übergeordnete, supranationale Behörde, also eine Art Über-Reichsnährstand — wie bei der Montanunion —, die europäischen Agrarmärkte hinsichtlich Mengenversorgung und Preisbefestigung regeln, d. h. den Ausgleich zwischen Angebot und Nachfrage vollziehen? Letzteres ist angesichts der Kosten und der leichten Verderblichkeit vieler Lebensmittel sehr schwierig.

Dagegen wird bei einer völligen Befreiung der europäischen Agrarmärkte von allen Bindungen von einigen eine Deroutierung der Märkte befürchtet, von anderen wiederum eine Orientierung der Erzeugung nach optimalen Standorten erhofft. „Liberalismus“ und „Dirigismus“ stehen sich hier diametral gegenüber. Auch hinsichtlich des Tempos der Liberalisierung sind alle Meinungen vertreten, angefangen von den Befürwortern eines „Sprunges ins kalte Wasser“ bis zu den mehr oder weniger überzeugten Schutzzöllnern. Aber bleibt heute angesichts der gekennzeichneten Vielfalt und Unlösbarkeit der Probleme noch etwas anderes übrig als der Sprung ins kalte Wasser? Allerdings müßte dieser von allen Ländern zugleich und unter gleichen Startbedingungen ausgeführt werden. Endlich besteht in Paris auch über die Zahl der in die Agrarunion aufzunehmenden Produkte keineswegs Einigkeit. Statt der ursprünglichen vier Erzeugnisse werden jetzt folgende sieben vorgeschlagen: Fleisch, Getreide (einschl. Reis), Milch (und Molkereiprodukte), Zucker, Obst und Gemüse, Holz und Tabak. Frankreich „kämpft“ noch um seinen Wein, der auf der Liste fehlt, die Türkei um Baumwolle usw. Der an sich ge-

bene Vorschlag, alle Produkte auf die Liste zu setzen, konnte sich jedoch ebensowenig durchsetzen wie der, alle Länder einzubeziehen. So stehen sich also viele Meinungen gegenüber und lassen das erträumte Europa nicht zur Wirklichkeit werden.

BILANZ DER AGRARERZEUGNISSE IN EUROPA

Die langsame Entwicklung in Paris kommt den Wünschen der Landwirte in den meisten Ländern entgegen. Denn fast alle fürchten, bei plötzlicher Liberalisierung überrannt zu werden, und zwar, wie später noch am Beispiel Deutschlands gezeigt werden soll, objektiv zu Recht, sofern nicht gewisse heute noch nicht bestehende Voraussetzungen erfüllt werden.

Auf den ersten Blick erscheinen diese Befürchtungen gegenstandslos, da Europa — vor allem einschl. England — hinsichtlich seiner Lebensmittelversorgung einen großen Zuschußbedarf für praktisch alle Agrarprodukte, vor allem aber für die Urprodukte Getreide, Fett und Zucker aufweist. An sich bietet Europa also die beste Voraussetzung für eine europäische Agrarunion, da keine Konkurrenz, jedenfalls nicht bei den Hauptprodukten, zwischen den Landwirten der einzelnen Länder um den europäischen Markt besteht. Nun „leidet“ Westeuropa zur Zeit aber kaum an dem großen Zuschußbedarf für Getreide, Zucker und Fett usw., sondern — infolge der Desintegration seit 1914 — an gewissen innereuropäischen Überschüssen bei einzelnen Agrarprodukten, z. B. Obst, Gemüse, Wein, Blumen und gelegentlich auch an Veredelungserzeugnissen wie Rindfleisch, Talg, Butter u. a. m.

So fürchtet Italien für seine Molkereiwirtschaft durch die dänische Konkurrenz. Auch der Obst- und Gemüseexport nach Deutschland sei bei einer europäischen Agrarunion, wenn also alle Exportverträge aufhörten, gefährdet, da Westdeutschland dann die französisch-niederländischen Waren vorziehen könnte.

Frankreich dagegen fühlt sich bei einer vollen europäischen Agrarunion durch den italienischen Wein bedroht. Im übrigen meint die französische Landwirtschaft, sie hätte in der Entwicklung ihres Erzeugungsapparates nicht mit anderen Ländern Schritt halten können, so daß billigere Angebote aus diesen Ländern viele ihrer Bauern ruinieren könnten.

Westdeutschland wiederum hat u. a. vor allem Sorge um viele seiner Weinbauern in ungünstigen Lagen, falls der französische Wein auf den Markt drückt. Weiter haben Westdeutschland und vor allem auch Belgien Angst vor der zur Zeit überlegenen Gemüse- und Obsterzeugung in Holland und Dänemark. Die Schweiz endlich fürchtet bei einer vollen Liberalisierung für ihre gesamte Landwirtschaft. Bei einem Wegfall aller Schutzmaßnahmen müßte die schweizerische Landwirtschaft Subventionen in Höhe von 300 bis 400 Mill. Fr. erhalten, um eine Einkommensdisparität zur Industrie zu verhindern. Die Schweiz hat sich darum auch niemals mit dem Gedanken an eine europäische Agrarunion befreunden können.

Auch England ist angesichts seiner vorwiegend überseeischen Nahrungsmittelbezüge und seiner engen

Die Versorgung Westeuropas mit Agrarerzeugnissen

Versorgung mit Brotgetreide 1951/52

(in 1 000 t)

Land	Produktion	Handel ¹⁾	Verbrauch
1. Westdeutschland	6 145	+ 3 147	9 292
2. Belgien	715	} + 964	1 723
3. Luxemburg	44		
4. Niederlande	728	+ 952	1 680
5. Frankreich	7 641	- 341	7 300
6. Italien	7 199	+ 1 553	8 752
<i>1-6 insgesamt</i>	<i>22 472</i>	<i>+ 6 275</i>	<i>28 747</i>
7. Norwegen	48	+ 458	506
8. Schweiz	660	+ 191	851
9. Dänemark	543	+ 89	632
10. Schweiz	299	+ 340	639
11. Irland	256	+ 295	551
12. Österreich	676	+ 600	1 276
13. Portugal	753	+ 186	939
14. Griechenland	978	+ 569	1 547
15. Türkei	6 210	+ 49	6 259
16. Spanien ²⁾	3 940	+ 283	4 223
<i>1-16 insgesamt</i>	<i>36 835</i>	<i>+ 9 335</i>	<i>46 170</i>
17. Großbritannien	2 279	+ 4 849	7 128
Insgesamt	39 114	+ 14 184	53 298

¹⁾ + = Einfuhrüberschuß; - = Ausfuhrüberschuß. ²⁾ Zahlen für 1950.

Versorgung mit Futtergetreide 1951/52

(in 1 000 t)

Land	Produktion	Handel ¹⁾	Verbrauch
1. Westdeutschland	5 008	+ 1 412	6 420
2. Belgien	708	} + 713	1 543
3. Luxemburg	42		
4. Niederlande	691	+ 898	1 589
5. Frankreich	6 006	+ 778	6 784
6. Italien	3 775	+ 157	3 932
<i>1-6 insgesamt</i>	<i>16 230</i>	<i>+ 4 038</i>	<i>20 268</i>
7. Norwegen	310	+ 135	445
8. Schweden	1 759	+ 192	1 951
9. Dänemark	3 301	+ 130	3 431
10. Schweiz	99	+ 364	463
11. Irland	754	+ 218	972
12. Österreich	723	+ 317	1 040
13. Portugal	691	- 30	661
14. Griechenland	590	+ 9	599
15. Türkei	3 589	- 127	3 462
16. Spanien ²⁾	2 610	+ 13	2 623
<i>1-16 insgesamt</i>	<i>30 656</i>	<i>+ 5 259</i>	<i>35 915</i>
17. Großbritannien	5 400	+ 2 501	7 901
Insgesamt	36 056	+ 7 760	43 816

¹⁾ + = Einfuhrüberschuß; - = Ausfuhrüberschuß. ²⁾ Zahlen für 1950.

Versorgung mit Reis 1951/52

(in 1000 t)

Land	Produktion	Handel ¹⁾	Verbrauch
1. Westdeutschland	-	+ 60	60
2. Belgien	-	+ 26	26
2. Luxemburg	-	+ 2	2
4. Niederlande	-	+ 37	37
5. Frankreich	35	+ 15	50
6. Italien	498	- 200	298
<i>1-6 insgesamt</i>	<i>533</i>	<i>- 60</i>	<i>473</i>
7. Norwegen	-	.	.
8. Schweden	-	+ 11	11
9. Dänemark	-	.	.
10. Schweiz	-	+ 15	15
11. Irland	-	.	.
12. Österreich	-	+ 25	25
13. Portugal	92	- 17	75
14. Griechenland	34	.	34
15. Türkei	39	-	39
16. Spanien ²⁾	300	- 5	295
<i>1-16 insgesamt</i>	<i>998</i>	<i>- 31</i>	<i>967</i>
17. Großbritannien	-	+ 86	86
Insgesamt	998	+ 55	1 053

¹⁾ + = Einfuhrüberschuß; - = Ausfuhrüberschuß.

Versorgung mit Zucker 1951/52

(in 1000 t)

Land	Produktion	Handel ¹⁾	Verbrauch
1. Westdeutschland	1 053	+ 800	1 853
2. Belgien	} 267	+ 8	275
3. Luxemburg			
4. Niederlande	340	+ 150	490
5. Frankreich	1 264	- 90	1 174
6. Italien	838	+ 20	858
<i>1-6 insgesamt</i>	<i>3 762</i>	<i>+ 888</i>	<i>4 650</i>
7. Norwegen	-	+ 91	91
8. Schweden	286	+ 51	337
9. Dänemark	369	- 77	292
10. Schweiz	30	+ 200	230
11. Irland	92	+ 81	173
12. Österreich	159	+ 56	215
13. Portugal	-	+ 92	92
14. Griechenland	-	+ 105	105
15. Türkei	200	-	200
16. Spanien ²⁾	203	-	203
<i>1-16 insgesamt</i>	<i>5 101</i>	<i>+ 1 487</i>	<i>6 588</i>
17. Großbritannien	659	+ 1 539	2 198
Insgesamt	5 760	+ 3 026	8 786

¹⁾ + = Einfuhrüberschuß; - = Ausfuhrüberschuß. ²⁾ Zahlen für 1950.

Versorgung mit Kartoffeln 1951/52

(in 1000 t)

Land	Produktion	Handel ¹⁾	Verbrauch
1. Westdeutschland	24 103	+ 50	24 153
2. Belgien	2 030	+ 82	2 112
3. Luxemburg	126	-	126
4. Niederlande	3 990	- 365	3 625
5. Frankreich	11 663	-	11 663
6. Italien	2 818	- 15	2 803
<i>1-6 insgesamt</i>	<i>44 730</i>	<i>- 248</i>	<i>44 482</i>
7. Norwegen	1 015	+ 1	1 016
8. Schweden	1 756	+ 4	1 760
9. Dänemark ²⁾	1 850	ca. - 150	ca. 1 700
10. Schweiz	938	+ 7	945
11. Irland	2 766	- 32	2 734
12. Österreich	2 149	+ 11	2 160
13. Portugal ²⁾	971	-	971
14. Griechenland	413	-	413
15. Türkei	700	-	700
16. Spanien ²⁾	2 800 ²⁾	ca. + 200	ca. 3 000
<i>1-16 insgesamt</i>	<i>60 088</i>	<i>- 207</i>	<i>59 881</i>
17. Großbritannien	8 417	+ 97	8 514
Insgesamt	68 505	- 110	68 395

¹⁾ + = Einfuhrüberschuß; - = Ausfuhrüberschuß. ²⁾ Zahlen für 1950. ³⁾ Normalernte der Vorkriegszeit; 4,95 Mill. t. Nach dem Bürgerkrieg noch nicht wieder erreicht.

Versorgung mit Fleisch 1951/52

(in 1000 t)

Land	Produktion	Handel ¹⁾	Verbrauch
1. Westdeutschland	1 863	+ 115	1 978
2. Belgien	344	} + 8	370
3. Luxemburg	18		
4. Niederlande	448	- 108	340
5. Frankreich	2 515	+ 12	2 527
6. Italien	716	+ 83	799
<i>1-6 insgesamt</i>	<i>5 904</i>	<i>+ 110</i>	<i>6 014</i>
7. Norwegen	113	- 1	112
8. Schweden	351	+ 12	363
9. Dänemark	598	- 354	244
10. Schweiz	197	+ 27	224
11. Irland	338	- 106	232
12. Österreich	260	+ 7	267
13. Portugal	97	+ 2	99
14. Griechenland	75	+ 19	94
15. Türkei	318	- 24	294
16. Spanien ²⁾	630	+ 5	635
<i>1-16 insgesamt</i>	<i>8 881</i>	<i>- 303</i>	<i>8 578</i>
17. Großbritannien	1 408	+ 1 080	2 488
Insgesamt	10 289	+ 777	11 066

¹⁾ + = Einfuhrüberschuß; - = Ausfuhrüberschuß. ²⁾ Vorkriegszahl.

Versorgung mit Käse 1950/51
(in 1000 t)

Land	Produktion	Handel ¹⁾	Verbrauch
1. Westdeutschland	150	+ 43	193
2. Belgien	15	+ 32	48
3. Luxemburg	1		
4. Niederlande	136	- 73	63
5. Frankreich	280	- 7	273
6. Italien	290	- 8	282
<i>1-6 insgesamt</i>	<i>872</i>	<i>- 13</i>	<i>859</i>
7. Norwegen	30	+ 1	31
8. Schweden	54	- 5	49
9. Dänemark	77	- 46	31
10. Schweiz	54	- 16	38
11. Irland	3	- 1	2
12. Österreich	10	-	10
13. Portugal	8	-	8
14. Griechenland	43	+ 4	47
15. Türkei	74	-	74
16. Spanien ²⁾	37	-	37
<i>1-16 insgesamt</i>	<i>1 262</i>	<i>- 76</i>	<i>1 186</i>
17. Großbritannien	50	+ 156	206
Insgesamt	1 312	+ 80	1 392

¹⁾ + = Einfuhrüberschuß; - = Ausfuhrüberschuß. ²⁾ Zahlen für 1949.

Versorgung mit Ölen und Fetten ¹⁾ 1951
(in 1 000 t Reinfett bzw. Ölwert)

Land	Produktion	Handel ²⁾	Verbrauch
1. Westdeutschland	493	+ 688	1 181
2. Belgien		+ 150	242
3. Luxemburg	92		
4. Niederlande	154	+ 230	384
5. Frankreich	417	+ 502	919
6. Italien	383	+ 215	98
<i>1-6 insgesamt</i>	<i>1 539</i>	<i>+ 1 785</i>	<i>24</i>
7. Norwegen	95	+ 10	105
8. Schweden	178	+ 14	192
9. Dänemark	176	- 56	120
10. Schweiz	34	+ 81	115
11. Irland	51	+ 22	73
12. Österreich	57	+ 80	137
13. Portugal	72	+ 23	95
14. Griechenland	58	+ 9	67
15. Türkei ³⁾	166	- 6	160
16. Spanien	760	- 80	680
<i>1-16 insgesamt</i>	<i>3 186</i>	<i>+ 1 882</i>	<i>5 068</i>
17. Großbritannien	99	+ 1 583	1 682
Insgesamt	3 285	+ 3 465	6 750

¹⁾ Pflanzliche Öle, tierische Fette, einschl. Butter, Walöl und Fischöl. ²⁾ + = Einfuhrüberschuß; - = Ausfuhrüberschuß. ³⁾ Nur für die menschliche Ernährung.

Versorgung mit Butter 1950/51
(in 1 000 t)

Land	Produktion	Handel ¹⁾	Verbrauch
1. Westdeutschland	285	+ 36	321
2. Belgien	73	+ 23	96
3. Luxemburg	3	-	3
4. Niederlande	88	- 67	21
5. Frankreich	235	+ 15	250
6. Italien	59	+ 11	70
<i>1-6 insgesamt</i>	<i>743</i>	<i>+ 18</i>	<i>761</i>
7. Norwegen	14	- 4	10
8. Schweden	111	- 14	97
9. Dänemark	168	- 139	29
10. Schweiz	24	+ 6	30
11. Irland	56	+ 5	61
12. Österreich	21	+ 1	22
13. Portugal	4	-	4
14. Griechenland	6	-	6
15. Türkei	58	-	58
16. Spanien	6	-	6
<i>1-16 insgesamt</i>	<i>1 211</i>	<i>- 127</i>	<i>1 084</i>
17. Großbritannien	18	+ 340	358
Insgesamt	1 229	+ 213	1 442

¹⁾ + = Einfuhrüberschuß; - = Ausfuhrüberschuß.

Versorgung mit Wein 1950/51
(Einschl. Wermut, in 1000 hl)

Land	Produktion	Handel ¹⁾	Verbrauch
1. Westdeutschland	3 244	+ 943	4 187
2. Belgien	-	+ 495	495
3. Luxemburg	220	-	220
4. Niederlande	-	+ 62	62
5. Frankreich	61 334	- 552 ²⁾	60 782
6. Italien	39 787	- 928	38 859
<i>1-6 insgesamt</i>	<i>104 585</i>	<i>+ 20</i>	<i>104 605</i>
7. Norwegen	-	+ 33	33
8. Schweden	-	+ 45	45
9. Dänemark	-	+ 87	87
10. Schweiz	720	+ 1 017	1 737
11. Irland ³⁾	-	+ 24	24
12. Österreich	1 291	- 70	1 221
13. Portugal	8 842	- 1 742	7 100
14. Griechenland	4 280	- 203	4 077
15. Türkei	140	-	140
16. Spanien ⁴⁾	18 070	- 1 370	16 700
<i>1-16 insgesamt</i>	<i>137 928</i>	<i>- 2 159</i>	<i>135 769</i>
17. Großbritannien	-	+ 425 ⁵⁾	425
Insges. (ohne Algier)	137 928	- 1 734	136 194
Mit Einf. aus Algier	137 928	+ 7 485	145 413

¹⁾ + = Einfuhrüberschuß; - = Ausfuhrüberschuß. ²⁾ Ohne die Einfuhren aus Algier (9 219 000 hl). ³⁾ Zahlen für 1949/50.

Versorgung mit Eiern 1951/52
(in 1 000 t)

Land	Produktion	Handel ¹⁾	Verbrauch
1. Westdeutschland	314	+ 100	414
2. Belgien	104	-	106
3. Luxemburg	2	-	
4. Niederlande	141	- 77	64
5. Frankreich	420	+ 14	434
6. Italien	300	+ 12	312
<i>1-6 insgesamt</i>	<i>1 281</i>	<i>+ 49</i>	<i>1 330</i>
7. Norwegen	24	- 1	23
8. Schweden	80	- 8	72
9. Dänemark	125	- 90	35
10. Schweiz	29	+ 11	40
11. Irland	54	- 21	33
12. Österreich	30	+ 3	33
13. Portugal	15	-	15
14. Griechenland	25	+ 1	26
15. Türkei	44	- 7	37
16. Spanien	115	-	115
<i>1-16 insgesamt</i>	<i>1 281</i>	<i>- 63</i>	<i>1 759</i>
17. Großbritannien	481	+ 181	662
Insgesamt	2 303	+ 118	2 421

¹⁾ + = Einfuhrüberschuß; - = Ausfuhrüberschuß.

Commonwealth-Beziehungen wenig an einer europäischen Agrarunion interessiert. Außerdem hat England bemerkenswerterweise seinen Agrarschutz z. T. schon bis 1956 (!) festgelegt, indem schon jetzt den englischen Landwirten auskömmliche Erzeuger-Mindestpreise zur Hebung der Agrarproduktion zugesichert wurden.

Die englischen Landwirte sind dadurch zweifellos weitgehend vieler Sorgen enthoben. Ihr Interesse an der Agrarunion ist daher nur zweiter Ordnung. Dagegen betreibt Holland (Landwirtschaftsminister Mansholt) besonders eine Agrarunion der Schuman-Plan-Länder, da es in dieser Vereinigung von vorwiegend Industriestaaten ideale Absatzmöglichkeiten für seine Gartenbauerzeugnisse finden würde. Holland leidet unter einer landwirtschaftlichen Übervölkerung. Die erhofften Gartenbau-Exporte würden es Holland ermöglichen, bei nur ganz geringem Landbedarf neue Existenzen mit ausreichendem Lebensstandard zu schaffen. Die holländische Landwirtschaft mit ihrer straffen (nach außen abschirmenden) Marktordnung und dem gro-

Ben Exportpotential befürchtet daher im Gegensatz zu den Bauernverbänden anderer Länder mehr das Nichtzustandekommen der Agrarunion.

Liegt in Anbetracht all dieser Sonderwünsche und der Furcht aller vor allen nicht in der Tat eine Art Agrarplan auf der Hand, d. h. der Versuch, die Gefahren einer innereuropäischen Konkurrenz — nach dem Vorbild der Montan-Union — durch gegenseitige Absprache zu bannen? In diesem Sinne wollte Pflimlin, wie gesagt, Export, Import sowie Preise auf übernationaler Basis regeln. Dieser Gedanke kommt auch dem Wunsch vieler Bauernverbände entgegen. Holland, Dänemark, Belgien und andere Länder sind durch ein ausgezeichnetes landwirtschaftliches Genossenschaftswesen gekennzeichnet. Aus diesem Grunde meinen die Bauernverbände verschiedener Länder, man solle sie nur wirken lassen, und sie würden ohne Einmischung des Staates ihre nationale Marktordnung zu supranationalen oder internationalen Marktordnungen ausbauen¹⁾, sei es nach dem Vorbild des Schumanplans oder des internationalen Weizenabkommens.

Theoretisch wäre dieser Gedanke sehr begrüßenswert und vor allem die Nichteinmischung des Staates ideal. In der Praxis ist hiervon jedoch kaum eine brauchbare Lösung des Problems einer europäischen Agrarunion zu erwarten, da die Zusammenfassung von rd. 12 Mill. Betrieben und die Marktregelung von so vielen verschiedenen Agrarprodukten in zeitlicher und preislicher sowie mengenmäßiger Hinsicht selbst von einer Mammut-Organisation kaum geleistet werden könnte. Ganz abgesehen von den hohen Kosten ist Europa aber nicht an einer Erstarrung der Märkte, sondern an einem echten Wettbewerb und an der Herausbildung optimaler Standorte interessiert.

Deutschland kann sich einem derartigen Aufbau der europäischen Agrarunion um so weniger anschließen, als es zur Bezahlung der Agrarimporte darauf angewiesen ist, Industriegüter in den europäischen Raum und auch nach Übersee abzusetzen. Bei einer Agrarunion entfällt aber für Deutschland dies Kompensationsobjekt für den Industrie-Export. Dieses Argument kann gerade für Deutschland kaum überschätzt werden. Bei einer völligen Liberalisierung des Agrarhandels würden vermutlich vorerst, zumal am Anfang, besonders viele Agrarprodukte nach Deutschland einströmen und Deutschlands Position als Gläubiger in der EZU. schwächen. Deutschland muß aber, wie gesagt, seine Gläubigerstellung innerhalb der EZU. unbedingt aufrechterhalten, um Devisen für die benötigten Bezüge an Agrarprodukten und industriellen Rohstoffen aus Übersee zu erlangen.

Als konstruktive Lösung aus diesem Dilemma wird vielfach ein Zurück zu den Zuständen von 1914 angesehen. Damals gab es in Europa keine Kontingentvorschriften im Außenhandel, keine Währungs- und Transfer-Behinderungen. Infolgedessen bildeten

¹⁾ Diesen Plan scheint auch Prof. Baade in seinem Buch „Brot für ganz Europa“, Verlag P. Parey 1952, cum grano salis zu befürworten (s. S. 220).

sich damals durchaus optimale Standorte innerhalb der europäischen Agrarproduktion heraus, eine Entwicklung, von der wir in Europa noch heute zehren. Die damals vorhandenen Zölle stellten, vom innereuropäischen Standpunkt aus gesehen, mehr oder weniger Schutzzölle gegen Übersee dar, d. h. sie bildeten vor allem einen Schutz gegen das billige im Raubbau des Bodens gewonnene Getreide. Auf Grund der damaligen Erfahrungen wird daher jetzt vielfach ein schrittweiser Abbau der Kontingente und aller Währungshemmnisse unter vorläufiger Beibehaltung der Zölle erstrebt. Dies wird auch der Leitgedanke bei allen Verhandlungen über die Agrarunion sein müssen.

Zweifellos würde das bereits einen wichtigen Fortschritt gegenüber dem heutigen Zustand darstellen. Auf längere Sicht wird sich aber eine volle europäische Wirtschaftsunion durchsetzen müssen, wenn der Lebensstandard in Europa entscheidend gehoben und auch der Bedrohung aus dem Osten wirksam begegnet werden soll. Es würde sich damit auf größerer Breite eine Entwicklung wiederholen, wie sie etwa im deutschen Zollverein vor 120 Jahren oder in den USA. in den letzten 150 Jahren stattfand.

NATIONALE AUSWIRKUNGEN AM WESTDEUTSCHEN BEISPIEL

Es fragt sich nun, ob die deutsche Landwirtschaft eine derartige Wirtschaftsunion zu fürchten hätte. Die deutsche landwirtschaftliche Vertretung sagt aus durchaus handgreiflichen Gründen „ja“. Trotzdem muß unbedingt gerade in der heutigen Zeit untersucht werden, unter welchen Bedingungen eine völlige europäische Wirtschaftsunion auch für die deutsche Landwirtschaft tragbar wäre, ja, ob nicht durch irgendwelche Maßnahmen noch Vorteile für sie daraus entstehen können.

Die nachstehenden Ausführungen zeigen, daß dies in der Tat der Fall ist. Und, noch wichtiger, was für Deutschland zutrifft, gilt ceteris paribus auch für viele andere Länder. Dies ist deshalb so wichtig, weil damit die Einwendungen der Landwirtschaft gegen eine Wirtschaftsunion — oder Agrarunion — entkräftet werden können.

Spricht man mit deutschen Landwirten draußen in der Praxis, so kann man immer wieder feststellen, daß die Landwirte sich nicht für untüchtiger halten als ihre holländischen oder dänischen Kollegen und sie deshalb nicht fürchten. Sie fürchten sich nur vor den besseren Betriebsmitteln und den demzufolge billigeren Produktionsmöglichkeiten sowie zweitens vor den Dumpingexporten. Der deutsche Landwirt möchte lieber auf Zölle und Subventionen verzichten, wenn er nur gleiche Wettbewerbsbedingungen wie seine ausländischen Bewerber erhält. Diese Voraussetzung klingt einfach, ist aber nicht leicht durchzusetzen; denn sie beinhaltet etwa folgendes:

1. Gleiche Preise für Produktionsmittel, z. B. für Landmaschinen, Kunstdünger, Schädlingsbekämpfungsmittel usw. Es ist dabei eine Frage zweiter Ordnung, ob in ganz Europa Einheitspreise gelten oder ob Preise „ab Werk“ in Rechnung gestellt werden

sollen. Zur Zeit kosten in Westdeutschland einzelne Produktionsmittel durch einen Frachtausgleich überall gleich viel. Wahrscheinlich wird dieses System sich nicht für ganz Europa durchführen lassen. Aber grundsätzlich sollten die Produktionsmittelpreise in Europa nicht stärker, als durch Frachtunterschiede bedingt ist, voneinander abweichen.

2. Gleiche Steuern und Soziallasten. Diese Forderung wird schwer durchführbar sein, da der Finanzminister aus Gründen des Etatausgleichs nur sehr bedingt einer Steuerherabsetzung für die Landwirtschaft zustimmen wird. Gerade das ist aber zur Erhaltung der Konkurrenzfähigkeit der deutschen Landwirtschaft entscheidend, denn wie die jetzt in Paris erstellten Statistiken zeigen, ist die deutsche Landwirtschaft — mit Abstand — die am höchsten besteuerte in Europa.

3. Gleiche Kreditmöglichkeiten und gleiche Zinsbedingungen. Zur Zeit verhindern der Kapitalmangel und der allzu hohe Zinssatz die notwendige Rationalisierung des landwirtschaftlichen Produktionsapparates. In Holland, Schweden, Dänemark, Belgien, Norwegen, England usw. konnte sie in bzw. nach den beiden Weltkriegen jedoch größtenteils erfolgen, d. h. zu einer Zeit, in der in Deutschland entweder kein Material beschafft werden konnte oder Kapitalmangel oder sonstige Kriegsfolgen die Modernisierung verhinderten.

Um den vielfach noch aus dem Mittelalter stammenden landwirtschaftlichen Produktionsapparat Westdeutschlands auf einen neuzeitlichen Stand zu bringen, wurde für 1939 für das Altreich bereits ein Investitionsbedarf von rd. 40 Mrd. RM errechnet. In Anbetracht der erhöhten Preise für Baustoffe, Maschinen usw. dürfte diese Summe für Westdeutschland — in DM gerechnet — kaum geringer geworden sein. Um so wichtiger ist es, daß die landwirtschaftlichen Kreditbedingungen in Westdeutschland auf lange Sicht nicht ungünstiger als im Ausland sein werden, denn sonst ist der Rationalisierungsvorsprung des Auslands nicht einzuholen. Man kann eben nicht an der Tatsache vorbeisehen, daß die westdeutsche Landwirtschaft ihren Produktionsapparat, d. h. das lebende und tote Inventar sowie vor allem die Gebäude, durch Eigen- und Fremdfinanzierung offenbar weniger stark den Fortschritten in der übrigen Welt anpassen konnte, als es die westdeutsche Industrie für sich vermochte.

4. Keine Dumpingimporte. Die heute von der deutschen Landwirtschaft mit Recht so gefürchteten offenen und verkappten Dumpingimporte von Agrarprodukten nach Westdeutschland würden bei einer vollen europäischen Wirtschaftsunion gegenstandslos werden.

5. Gleiche Löhne? Gleiche Löhne können aus naheliegenden Gründen natürlich niemals bei einer Agrarunion gefordert werden, denn Löhne sind eine Funktion der Arbeitsproduktivität. Deshalb sind z. B. auch die landwirtschaftlichen Löhne in den USA. oder in Dänemark und Holland (hohe Produktion je land-

wirtschaftlich Erwerbstätigen) hoch und in Italien vergleichsweise niedrig. Endlich können ebensowenig auch absolut gleiche Preise in Europa für die landwirtschaftlichen Verkaufserzeugnisse wie Milch, Getreide usw. gefordert oder erwartet werden. Hier sorgen schon die verschiedenen Frachtbelastungen für eine natürliche Differenzierung oder mit anderen Worten für die erstrebte Herausbildung optimaler Standorte.

Bei der Bildung einer europäischen Wirtschafts- oder Agrarunion muß die westdeutsche Landwirtschaft um so mehr auf die eben erwähnten gleichen „äußeren“ Produktionsbedingungen bedacht sein, als außerdem noch mehrere durchaus schwerwiegende „innerlandwirtschaftliche“ Nachteile für Westdeutschland verbleiben. Es sind dies

die vielen Mittelgebirgsbetriebe in Westdeutschland mit ihren Hanglagen,

die zu geringe Betriebsgröße sehr vieler Betriebe und die oftmals allzu starke Flurzersplitterung im Westen und Süden,

die regional oft nicht zutreffend abgestufte und daher produktionshemmende Besteuerung vieler Betriebe in Westdeutschland (z. B. der Marschen), da die Besteuerung hier z. T. noch auf Reinertrags-Vorstellungen beruht, wie sie um 1880 zur Zeit von Meitzen zutrafen, heute aber wohl als veraltet gelten können,

die zu geringen Abschreibungs- und Kapitalbildungsmöglichkeiten in der Landwirtschaft, die die Rationalisierung hemmen,

endlich die meist veralteten Wohn- und Wirtschaftsgebäude (vor allem Ställe). Diese verhindern in Westdeutschland weitgehend eine rationelle, d. h. billige sowie saubere und hygienische Erzeugung von Agrarprodukten. Ebenso wie eine Autofabrik von 1900 oder 1925 heute nicht mehr konkurrenzfähig ist, kann auch die westdeutsche Landwirtschaft den Wettbewerb mit dem z. T. hochrationalisierten Ausland nicht oder nur unter Einschränkung des eigenen Lebensstandards aushalten. Es erhebt sich nun die Frage, ob bei der Bildung der europäischen Agrarunion nicht doch einzelne Betriebszweige zum Tode verurteilt sind, selbst wenn die Produktionskosten nivelliert werden. Dies wird in Westdeutschland — wie auch in der Schweiz, in Österreich usw. — für den Gartenbau befürchtet. Jedoch ist dies schon aus quantitativen Gründen unmöglich. Der Überschuß Dänemarks (4 Mill. Einwohner) oder Hollands (10 Mill. Einw.) an Obst, Gemüse, Blumen usw. kann niemals den Bedarf von gut 50 Mill. Menschen allein in Westdeutschland befriedigen. Allerdings geben die besseren Qualitäten, die rationellen hochmodernen Produktionsanlagen und die schlagkräftigeren Absatzorganisationen dem Ausland heute vielfach ein Übergewicht, d. h. eine Differentialrente. Diese Kosten- und Qualitätsvorteile werden zum Teil jedoch durch die Verbrauchernähe der deutschen Produzenten, z. B. im Ruhrgebiet, im Raum von Hamburg usw., wieder wettgemacht.

Immerhin werden bei einer europäischen Agrarunion einige Betriebe auf Grenzböden, z. B. Weinberge in allzu ungünstigen Lagen oder (Treib-)Gemüsebau auf zu kalten Böden, sich auf die Dauer in Europa ebenso wenig halten können wie s. Zt. der Grüneberger Wein in Schlesien nach Gründung des deutschen Zollvereins. In diesen besonderen Härtefällen erscheint daher eine rechtzeitige, tatkräftige Umsiedlungs- oder Umstellungshilfe notwendig, wie ja auch die Flurbereinigung und die Vergrößerung zu kleiner landwirtschaftlicher Betriebe staatlicher Unterstützung bedarf.

Im übrigen ist aber — analog dem „Präzedenzfall USA.“ — weniger mit einem Ausfall bisheriger Erzeugungsgebiete in Europa zu rechnen als vielmehr mit unterschiedlichen Wachstumsraten. Die „alten“ Gemüse- und Obstzeugerbetriebe in den nördlichen Staaten der USA. haben ihre Erzeugung in den letzten 50 Jahren trotz der Konkurrenz von Florida und Kalifornien keineswegs eingeschränkt, sondern sogar noch erheblich gesteigert, allerdings natürlich nicht so schnell wie eben Florida usw. Die Obst- und Gemüseerzeugung in Schleswig-Holstein ist ja auch nicht durch das Bodenseegebiet „mattgesetzt“ worden! Und sie wird auch bei einer europäischen Integration weiter lebensfähig bleiben unter der Voraussetzung, daß sie, wie bereits dargelegt wurde, von der Kostenseite her nicht durch überhöhte Steuern usw. daran gehindert wird.

Je mehr im übrigen aber die Bildung eines europäischen Wirtschaftsgebietes zu der mit Recht erwarteten Erhöhung der Produktivität und damit auch des Lebensstandards führt, um so mehr wird die Nachfrage nach Gartenbauerzeugnissen, vor allem auch an Blumen, sowie ebenfalls nach tierischen Veredelungsprodukten steigen. Das aber bedeutet für die Landwirtschaft die bereits angedeutete Erweiterung des Marktes und damit Erhöhung der Produktionsmöglichkeiten. Gemessen an den USA. ist im übrigen der westdeutsche und der westeuropäische Verbrauch an Obst, Obstsaften, Gemüse, Gemüsesäften, Blumen usw. noch recht gering.

Es ist deswegen so besonders wichtig, die hohen Produktions- und Verbrauchsreserven insbesondere auch an Gartenbauerzeugnissen in Europa zu betonen, weil hieran z. Z. bereits „Übererzeugung“ herrscht. Gerade die Verhältnisse auf dem Obst-, Gemüse-, Wein- und Blumenmarkt werden ja heute als wichtige Argumente gegen die Agrarunion angeführt. Aber bei näherer Analyse der Verhältnisse erscheinen sie wenig stichhaltig. Dies gilt nicht zuletzt auch für den Wein. Der Weinverbrauch beträgt u. a. in Frankreich rd. 140 l je Kopf und Jahr, in Deutschland, England usw. etwa 6 l. Es ist also Platz genug in Europa auch für den deutschen Weinbau.

STRUKTURVERÄNDERUNGEN DURCH GESCHMACKSWANDLUNGEN

Das eine muß hier klar betont werden — gegen Geschmackswandlungen ist nichts zu wollen. In Amerika z. B. findet zur Zeit eine Umschichtung des Verbrauchs vom Apfel auf Apfelsinen, Bananen, Grapefruits und

Ananas, d. h. zum Weichobst hin, statt. Die Apfelproduzenten sind dadurch stark in Mitleidenschaft gezogen. Eine ähnliche Geschmackswandlung scheint sich auch in Europa anzubahnen. Unglücklicherweise trifft diese mit einer geradezu lawinenhaft vermehrten Steigerung der Apfelerzeugung zusammen. Tausende von Hektaren sind in den letzten Jahren mit Apfelbäumen in Westeuropa neu angepflanzt worden. Diese Äpfel werden in den nächsten Jahren und Jahrzehnten auf den Markt drängen und das Marktangebot sicher oftmals über die Nachfrage hinaus steigern.

Im ganzen gesehen aber wird die deutsche Landwirtschaft in einer Agrarunion dank ihres Fleißes und ihrer Tüchtigkeit sowie infolge ihrer Verbrauchernähe in vielen Fällen eine Sonderrente einheimen, sofern die äußeren Produktionsbedingungen den ausländischen angeglichen werden können.

Überdies sind ja in Europa gerade die landwirtschaftlichen Produktions- und Absatzreserven fast unerschöpflich. Das berechtigt zu größtem Optimismus, sofern der Landwirtschaft die erforderlichen Entfaltungsmöglichkeiten gewährt werden. Nach Berechnungen der OEEC. betrug der westeuropäische Import an Agrarprodukten 1951 nicht weniger als 3 Mrd. \$, wohlgernekt bei einem Ernährungsstandard, der noch weit unter dem nordamerikanischen lag. Die Hauptimportposten sind Getreide, Zucker und Fette (vgl. die vorstehenden Tabellen²⁾). Kontinentaleuropa (ohne England) ist dabei wesentlich weniger auslandsabhängig als England. Beim Getreide entfallen z. B. von einem Gesamtimport in Höhe von 22 Mill. t über 7 Mill. t allein auf Großbritannien. Bei Eiern besteht scheinbar sogar ein kontinentaleuropäischer Überschuss von etwa 63 000 t (einschl. Großbritannien dagegen ein Zuschussbedarf von insgesamt 118 000 t). Wenn aber die derzeitigen Einfuhrüberschüsse an Getreide und Ölfrüchten fortfielen, so würde auch sofort der Eierüberschuss Kontinentaleuropas aufhören. Analoges gilt im übrigen auch für Fleisch und Käse. Es würde jedoch zu weit führen, hier im einzelnen auf die Versorgung Europas mit Agrarprodukten einzugehen. Der Zweck der Tabellen liegt hier im wesentlichen darin, die großen Produktions- und Verbrauchsreserven Westeuropas aufzuzeigen.

ZUSAMMENFASSUNG

Der Pflimlin-Plan einer europäischen Agrarunion weist in seiner bisher propagierten Form entscheidende Mängel auf: Er erfordert zu seiner Durchführung kostspielige nationale und supranationale Organisationen zur Marktregelung, ohne daß eine Lösung erwartet werden könnte, die Erzeuger und Verbraucher sowohl in den Überschuss- wie in den Zuschussländern befriedigt. Der Plan stellt weiter keinen neuen Schritt auf dem Wege zur allgemeinen europäischen Wirtschaftsunion dar, und er bewirkt eher eine Einzementierung der Märkte statt eines freien Wettbewerbs und einer Orientierung der Erzeugung nach optimalen Standorten. Ganz abgesehen davon hätte überdies das er-

²⁾ In die Tabellen ist grundsätzlich Spanien mit aufgenommen, nachdem es jetzt in Paris als 17. Land einen Platz erhalten hat.

folgreiche Gelingen einer Agrarunion die vorherige Herstellung der freien Konvertierbarkeit der Währungen in Europa zur Voraussetzung. Nur so ließe sich auch das Endziel einer europäischen Wirtschaftseinheit erreichen.

Die sich hieraus ergebenden Folgerungen liegen auf der Hand. Bei allen weiteren Agrarunions-Verhandlungen erscheint es daher vordringlich, die Fragen der Währungskonvertierbarkeit zu lösen, und zwar einmal innerhalb der EZU, sowie zweitens zwischen der EZU und dem Dollarraum. Das nächstwichtige Problem wäre der Abbau der Kontingente sowie endlich der gleichzeitige schrittweise Abbau der Agrar- und Industriezölle. Das bedeutet agrarökonomisch gesehen, daß möglichst alle westeuropäischen Länder und möglichst sämtliche Agrarprodukte in diese Verhandlungen einbezogen werden sollten. Auf diese Weise könnte das Problem der Agrarunion — im Rahmen einer gesamten Wirtschaftsunion — eine dauerhafte und optimale Lösung finden.

Für Westdeutschland besteht die vordringliche Aufgabe darin, die eigene Landwirtschaft auf den über kurz oder lang doch kommenden „europäischen Markt“ vorzubereiten. Viel wichtiger als Schutzzölle verewigen zu wollen, ist es daher, die westdeutsche Landwirtschaft durch Schaffung gleicher Wettbewerbsbedin-

gungen voll konkurrenzfähig zu machen. Vor allem benötigt die westdeutsche Landwirtschaft auch Kapital zur Rationalisierung und Modernisierung ihres Produktionsapparates, um den Vorsprung des Auslandes einzuholen.

Auf die Dauer sind von der Agrarunion größte Vorteile für Erzeuger und Verbraucher zu erwarten. Die Erzeuger werden insonderheit von einer Ausweitung des Absatzes als Folge einer Erhöhung des allgemeinen Lebensstandards profitieren, die Verbraucher vor allem von einer erhöhten Produktivität, d. h. von einer Steigerung der Erzeugung je landwirtschaftlich Erwerbstätigen bei gleichen (und u. U. auch sinkenden) Erzeugungskosten, sowie von einer Neuorientierung der Erzeugung nach optimalen Standorten.

Wenn auch ein Dirigismus in der Agrarunion abzulehnen ist, so erscheint doch eine internationale landwirtschaftliche Behörde innerhalb Europas zur Vereinheitlichung der Preisberichterstattung und zur Abstimmung der Vorschriften über den Handel und die Verarbeitung von Agrarprodukten usw. unentbehrlich. Eine weitere Aufgabe sollte darin bestehen, durch eine sachgemäße Vorratspolitik bei landwirtschaftlichen Schlüsselprodukten wie Getreide, Zucker usw. allzu starke konjunkturelle oder spekulative Preisausschläge zu mildern.

Summary: Fundamentals of European Agricultural Union. The negotiations on an Agricultural Union have arrived at a deadlock. While a great deal of preparatory statistical work has already been done, no agreement has yet been reached either on its regional scope or on the range of products to be included or on the form of its organization. Full liberalization of trade in the respective farm products between all member countries is opposed by misgivings that this would result in grave distortions of the agricultural structure in the different national economies, followed by serious social repercussions. Further, full liberalization would presuppose the free convertibility of currencies and equal points of departure for all member countries. On the other hand, an Agricultural Union in the form of a cartel-like marketing organization is made difficult by the vast number and perishableness of farm products as well as by the large number of agricultural concerns. Although, as is shown by the balances of supply, European production of essential agricultural products cannot fully satisfy the demand, so that cut-throat competition need not be feared, some branches of agriculture in the different countries are greatly exposed to competitive pressure from superior producer countries. Yet, there is reason to reflect on whether such pools aiming at a cartel-like protection of marginal producers might not harm rather than serve to achieve the full integration of European markets.

Résumé: Bases et conditions d'une union agraire européenne. Les discussions sur la création d'une union agraire sont entrées dans un impasse. Bien qu'on ait déjà réuni un matériel statistique volumineux, on n'a pas encore réussi à s'accorder sur la forme d'organisation ou sur les régions et les matières à englober. Dans tous les pays partenaires la conception d'une libéralisation totale des produits en question se heurte à certaines craintes dans le sens que la réforme envisagée aurait des répercussions négatives sur la structure agraire des économies nationales individuelles, de façon à provoquer de conséquences sérieuses dans le domaine social. D'ailleurs une libération totale serait possible seulement à base d'une convertibilité des monnaies et de conditions de départ identiques pour tous les pays partenaires. Les facteurs entravant la création d'une union agraire sous forme d'une organisation genre cartel consistent dans le grand nombre de denrées périssables et d'entreprises individuelles. Bien que les statistiques d'approvisionnement prouvent qu'il existe, en Europe, une demande en produits agricoles primaires dépassant l'offre sur place, de façon qu'une concurrence ruineuse ne serait pas à craindre, il y a parmi les économies nationales des pays où certaines branches de production agricole sont fort exposées à la pression concurrentielle de la part de pays producteurs plus avancés. En tout cas il faut se demander si de nouvelles unions partielles à caractère de cartel ayant pour but la protection de groupements de producteurs ne vont retarder l'intégration totale des marchés européens au lieu de l'encourager.

Resumen: Condiciones para una unión agraria europea. Las negociaciones acerca de una unión agraria han caído en un callejón sin salida. Aunque considerables trabajos estadísticos preparatorios han sido hechos, no existe ningún acuerdo sobre la extensión regional, el contenido ni la forma de la organización. La completa liberalización de los bienes escogidos en los países miembros está frente a una duradera destrucción de la estructura agraria en los diferentes economías nacionales con consecuencias peligrosas para la estructura social. Además una plena liberalización requiere la convertibilidad de las monedas y iguales condiciones de salida para los países miembros. Una unión agraria como organización de mercado, en forma de un Cartel, está frente a la multitud de productos de fácil deterioro, así como al gran número de empresas individuales. Aunque existe en Europa una demanda suplementaria en lo que respecta a los productos agrarios más importantes, como demuestran las balanzas de aprovisionamiento, de manera que no es de esperar una ruinoso competencia, unos ramos de la agricultura en los diferentes países están expuestos a la presión competidora por parte de unos países productores superiores. En todo caso hay que tener presente, si por medio de más uniones parciales, que tenderían a una protección en forma de Cartel de los productores de margen, no se haría más daño a la plena integración de los mercados europeos que se la serviría.